

Erklärung

Aktionsbündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale“ in Baden-Württemberg gegründet

Die unterzeichnenden Verbände schließen sich zu einem Aktionsbündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale“ in Baden-Württemberg zusammen. Gemeinsam fordern sie angesichts der von der schwarz-gelben Regierungskoalition vorgelegten Eckpunkte zur zukünftigen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) einen solidarischen Kraftakt.

Unser Gesundheitswesen ist noch eines der besten der Welt. Die solidarische Finanzierung der GKV sichert insgesamt noch immer eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Versorgung für alle Versicherten – unabhängig vom Einkommen.

Zur Schließung der akuten Finanzlücke 2010/2011 der GKV halten die Unterzeichner jetzt folgende Sofortmaßnahmen für die Sicherung der GKV-Finzen für dringend erforderlich, um einseitige Mehrbelastungen der Versicherten zu beenden:

1. Die politisch veranlasste Unterfinanzierung der GKV durch den Gesundheitsfonds (95 Prozent) wird aufgehoben. Die GKV-Ausgaben werden zu 100 Prozent solidarisch ausfinanziert.
2. Die volle paritätische Beitragsgestaltung in der GKV wird wiederhergestellt. Die Arbeitgeber leisten zukünftig wieder den gleichen Beitrag wie die GKV-Mitglieder, die schon seit 2005 0,9 Prozentpunkte mehr als die Arbeitgeber tragen.

Wir lehnen jede weitere einseitige Belastung der Versicherten, wie sie das von der Regierungskoalition vorgelegte Modell vorsieht, als unausgewogen ab. Die finanziellen Lasten müssen solidarisch getragen werden. Es ist inakzeptabel, wenn die Arbeitgeber bei der künftigen Finanzierung der GKV nicht paritätisch beteiligt werden. Einkommensunabhängige Kopfpauschalen in unbegrenzter Höhe werden wir nicht hinnehmen.

Die vorgelegten Eckpunkte der Regierungskoalition stellen den Einstieg in den Ausstieg aus der solidarischen Finanzierung des Gesundheitssystems dar und werden abgelehnt.

Wir stehen dafür, die solidarische Finanzierung der GKV zu stärken und sie zu einer Bürgerversicherung weiterzuentwickeln. Und wir wollen die Kopfpauschale stoppen.

Bis zum 27. Juli 2010 haben diese Erklärung folgende Organisationen unterzeichnet. Weitere sind willkommen!



Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Baden (AWO)



Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Württemberg (AWO)



Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Baden-Württemberg (DGB)



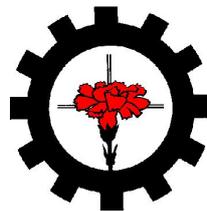
Katholische Arbeitnehmerbewegung, (KAB)
Diözesanverbände Freiburg und Rottenburg-Stuttgart



Naturfreunde in Baden-Württemberg



Arbeitsgemeinschaft Christlicher
Arbeitnehmerorganisationen in
Baden-Württemberg (ACA)



Betriebsseelsorge in der
Diözese Rottenburg-
Stuttgart



Föderation Demokratischer Arbeitervereine
Baden-Württemberg (DIDF)



Landesfamilienrat Baden-Württemberg



Sozialverband VdK Baden-Württemberg